

100 Tage Präsident Trump Chronik eines angekündigten Umweltdesasters



«Resist» («Wehrt euch»): Sieben Greenpeace-AktivistInnen klettern auf einen Kran in der Nähe des Weissen Hauses, um ein 21 mal 10 Meter grosses Banner anzubringen. (25. Januar 2017, ©Greenpeace)

24. Januar

Präsident Trump unterzeichnet zwei Dekrete zum Weiterbau der **Keystone-XL- und der Dakota-Access-Pipeline (DAPL)**. Beide Projekte waren unter seinem Vorgänger Obama gestoppt worden. Gegen beide Projekte gibt es starken Widerstand: Besonders die Dakota-Access-Pipeline sorgt für Proteste – auch in der Schweiz wegen der Beteiligung der Credit Suisse. Die Pipeline führt durch ein Gebiet, das den dort ansässigen Sioux heilig ist. Sie sehen ihre Gebietsrechte verletzt und befürchten, ihr Trinkwasser könnte verseucht werden. Das umstrittene

Teilstück soll unter dem Lake Oahe durchführen – dem wichtigsten Wasserreservoir der Sioux.

1. Februar

Der Kongress bestätigt **Rex Tillerson als Aussenminister**. Vor allem Umweltorganisationen hatten gegen die Ernennung protestiert, weil er als Ex-CEO von ExxonMobil der Erdöl-Industrie viel zu nahe stehe. Auch seine Nähe zum russischen Präsidenten Putin wurde kritisiert. Anders als Trump akzeptiert Tillerson den Klimawandel, verharmlost aber dessen Folgen.

9. Februar

Das Ingenieurskorps der Armee gibt grünes Licht für den Bau des letzten Abschnitts der **DAPL**. Kurz darauf reicht unter anderem der Stamm der Standing Rock Sioux Klage ein gegen die Fertigstellung der Pipeline und verlangt einen sofortigen Baustopp.

17. Februar

Der Kongress bestätigt **Scott Pruitt als Leiter der Umweltbehörde (EPA)**. Als Generalstaatsanwalt des Bundesstaats Oklahoma (Ölindustrie) hatte Pruitt noch 2016 erklärt, der Klimawandel sei wissenschaftlich umstritten. Pruitt gilt als ausgesprochener Gegner der Klima- und Umweltpolitik von Präsident Obama und Verbündeter der Öl- und Gasindustrie. Im Zusammenhang mit dem «Clean Power Plan», einem wichtigen Baustein Obamas im Kampf gegen den Klimawandel, mit dem unter anderem der Treibhausgas-Ausstoss von Kraftwerken gegenüber 2005 um 30% gesenkt werden sollte, hatte er gar Klage gegen die EPA eingereicht.

1. März

Der Kongress bestätigt **Ryan Zinke als Innenminister**. In dieser Funktion verwaltet Zinke das Land der Bundesregierung und ist für Bohrlizenzen auf öffentlichem Land und für die Gebühren zuständig, die Öl- und Gasfirmen dafür zahlen müssen. Anders als Trump bezeichnete Zinke den Klimawandel nie als «Schwindel», erklärte aber, das Ausmass des menschlichen Einflusses auf das Klima sei ungeklärt.

2. März

Der Kongress bestätigt **Rick Perry als Energieminister**. Er glaubt an die Irrtumsfreiheit der Bibel und stellte den wissenschaftlichen Konsens zum Klimawandel immer wieder in Frage. Umweltorganisationen kritisieren seine Nähe zur Öl- und Gasindustrie, die 2012 und 2016 seine Präsidentschaftskandidaturen unterstützten.

16. März

Trump legt seinen **Budgetentwurf** vor, der unter anderem **massive Kürzungen von 31% bei der EPA** vorsieht, der Personalbestand der Behörde (15'000 Personen) soll um 3200 Personen gekürzt werden. Dem «Clean Power Plan» sollen die Finanzmittel entzogen werden. Bis zu 50 Programme sollen gestoppt werden, darunter eines für den Zugang zu sauberem Trinkwasser. Drastisch reduziert werden sollen auch die **Gelder für Forschung im Bereich Klimawandel** sowie die **US-Zahlungen an UNO-Klimaprogramme**, darunter dem im Pariser Klimaschutzabkommen verankerten Klimafonds für Entwicklungsländer. Über das Budget entscheidet allerdings nicht der Präsident, sondern der Kongress.

24. März

Die Regierung entscheidet nach der von Trump angeordneten Überprüfung, dass die **Pipeline Keystone XL gebaut werden darf**. Noch braucht die Betreiberfirma TransCanada von den Behörden Nebraskas aber eine Bewilligung für die Pipeline-Route durch den Bundesstaat. Das könnte noch mehrere Monate dauern. Die Pipeline XL, eine Erweiterung der Keystone Pipeline, soll Öl von den Teersand-Feldern in der Provinz Alberta zu den Raffinerien am Golf von Mexiko pumpen.

28. Februar

Trump unterzeichnet ein Dekret, das die EPA anweist, die «**Clean Water Rule**» zum Schutz von Gewässern und Feuchtgebieten einer «**Überprüfung und Überarbeitung**» zu unterziehen. Nach Ansicht von Experten könnte es jedoch Jahre dauern, bevor diese Direktive umgesetzt werden kann.

28. März

Trump erlässt ein Dekret zur **Energie-Unabhängigkeit**, das den «**Clean Power Plan**» stark zurückbinden soll. Mit dem Dekret wird die EPA angewiesen, einige der wichtigsten Klimaschutz-Entscheidungen der Ära Obama rückgängig zu machen oder zu überprüfen, darunter die Begrenzung der Treibhausgas-Emissionen von Kraftwerken, das Moratorium für die Verpachtung von öffentlichem Land zum Abbau von Kohle sowie Massnahmen zum Schutz von Gemeinschaften, die vom Klimawandel betroffen sind. Zudem sollen die Vorgaben zur Fracking-Gasförderung abgeschwächt und die Begrenzung des Methanausstosses in der fossilen Brennstoffindustrie neu festgelegt werden. Dies sei das «Ende des Kriegs gegen Kohle» erklärte Trump nach der Unterzeichnung des Dekrets und versprach – flankiert von Kohlearbeitern – Hunderte neuer Arbeitsplätze in der Kohleindustrie.

29. März

Innenminister Zinke hebt als Folge des am Vortag erlassenen Dekrets das **Moratorium für Lizenzen zur Kohleförderung** auf öffentlichem Land auf.

Ende März

Während dem Wahlkampf hatte Trump die Existenz eines von Menschen verursachten Klimawandels immer wieder angezweifelt und von einem «chinesischen Schwindel» gesprochen; zudem hatte er den Ausstieg der USA aus dem Klimaabkommen von Paris, einem «schlechten Deal», angekündigt. Ende März hatte das Weisse Haus erklärt, bis zum G-7-Gipfel von Ende Mai werde eine Position zum weiteren Vorgehen der USA im Fall des Klimaabkommens festgelegt.

26. April

Präsident Trump unterzeichnet ein Dekret, das Innenminister Ryan Zinke beauftragt, rund 30 nationale Denkmäler – Schutzgebiete oder Gedenkstätten auf öffentlichem Grund und Boden – darauf hin zu überprüfen, ob sie aufgehoben oder verkleinert werden können, um das Gelände für Bergbau und andere Tätigkeiten freizugeben. Zudem wird erwartet, dass der Präsident am Freitag ein weiteres Dekret unterzeichnen wird, das darauf abzielt, geschützte Gewässer im Atlantik und in der Arktis für das Offshore-Bohren nach Öl und Gas freizugeben.

29. April

In den USA aber auch weltweit - unter anderem in Genf - finden Klima-Kundgebungen («People's Climate March») statt.